

N i e d e r s c h r i f t

über die

1. Gemeinderatssitzung

am Donnerstag, den 1. April 1948 um 19.30 Uhr im Sitzungssaale des Rathauses .

Anwesend: Vorsitzender: Bürgermeister Stefan Zechner
Vizebürgermeister Franz Hössinger
St.R. Fritz Huber
St.R. Gabriel Zobl
St.R. Alois Spiss
G.R. Hermann Krautschneider
G.R. Josef Gfall
GrR. Josef Kössler
G.R. Jakob Castellaz
G.R. Josef Jöchler
G.R. Josef Rimml
G.R. Josef Fritz
G.R. Franz Waining

Abwesend:entschuldigt : G.R. Josef Schrott

Schriftführer: Stadtkämmerer Hubert Spicar

Nach Eröffnung der Sitzung und Begrüssung der Anwesenden durch den Vorsitzenden wird die Beschlußfähigkeit festgestellt und die Tagesordnung verlesen.

Anschliessend kommt die Niederschrift der 7. Gemeinderatssitzung zur Verlesung und Genehmigung.

Einleitend richtet Vizebürgermeister Hössinger an den Vorsitzenden die Frage über den Stand der Verhandlungen betreffend die Aufstellung eines weiteren Ofens durch die Donau-Chemie. Der Vorsitzende berichtet, dass nach den zuletzt stattgefundenen Besprechungen mit Direktor Platzter die Aufstellung eines weiteren Ofens eine Einsparung von Arbeitskräften mit sich bringen würde. Die Stadt habe aber kein Interesse, dass durch solche Maßnahmen ein Abbau von Personal in der Donau-Chemie erfolgt. Außerdem wäre das Rauchproblem auch durch die Aufstellung des Ofens nicht gelöst. In diesen Besprechungen wurde auch vereinbart, dass die Donau-Chemie der Gemeinde einen entsprechenden Plan vorlegen würde. Seit dieser Besprechung kam diese Angelegenheit nicht mehr zur Debatte. Auf einen Einwand des St.R. Zobl, dass die Gemeinde von sich aus entsprechende Vorschläge der Donau-Chemie vorlegen sollte, weil davon in einer der Besprechungen einmal die Rede war, entgegnet der Bürgermeister, dass die Gemeinde weder Interesse noch eine Veranlassung dazu hätte. Zur weiteren Bearbeitung des Falles solle die Vorlage eines entsprechenden Vorschla-

ges durch die Donau-Chemie abgewartet werden.

Zur Tagesordnung.
=====

1.) Voranschlag 1948.

Der Entwurf für den Voranschlag 1948 wird punktweise von dem Finanzreferenten St.R. Huber verlesen.

Zur Festsetzung der Gebühren für Müllabfuhr nach der Kundmachung vom 1.10.1947 erhebt Vizebürgermeister Hössinger den Einwand, dass die Doppeleinstufung der Gewerbetreibenden einmal für den Betrieb und einmal für den Haushalt nicht tragbar wäre. St.R. Huber schlägt vor, die Doppeleinstufung beizubehalten, wenn der Gewerbebetrieb und der Haushalt sich nicht zusammen auf einem Grundstück befinden. Vizebürgermeister Hössinger schlägt weiterhin vor, die Gewerbebetriebe nach ihrer Größe in verschiedene Kategorien einzustufen und die Haushalte dieser Betriebe in diese Einstufung einzufügen. Der Vorsitzende verschiebt die Klärung dieser Frage auf die nächste Gemeinderatssitzung.

Zu den Posten 000, 021, 023, 030, 040, 110, 111, 120, und 130 werden Einwendungen nicht erhoben. Zur Post 210 Volksschulen erläutert Vizebürgermeister Hössinger die Notwendigkeit der Erstellung neuer Räumlichkeiten zur Unterbringung der Volksschulklassen. Unbedingt ist dabei zu berücksichtigen, dass der größte Teil der niedrigen Klassen besuchenden Kinder sich in Perjen befindet und der eventuelle Neubau einer Schule in diesem Ortsteil geplant werden müsse. Der dafür eingesetzte Betrag reicht auf keinem Fall aus, um einen derartigen Bau auch durchführen zu können und ein Ansuchen um Subvention wäre unbedingt erforderlich. G.R. Rimml bringt in Vorschlag, dass entsprechend den finanziellen Verhältnissen der Stadt vorerst ein Halbbau errichtet werden solle, der in späteren Jahren wieder fortgeführt werden könne, sobald es die Finanzlage der Stadt zulässt.

Zu den Abschnitten 210, 220, 230, 231 und 250 ergeben sich keine Einwendungen. Zum Abschnitt 320 Musikpflege macht St.R. Huber den Vorschlag, den als Subvention für die Stadtkapelle eingesetzten Betrag von 3.000.-- S sofort an diese auszuzahlen. Dagegen wurden keine Einwendungen erhoben.

Abschn. 322, 330, 331, 350 werden ohne Einwendungen angenommen. Zum Abschnitt 351 Heimatmuseum und Archive bringt Vizebürgermeister Hössinger den Vorschlag, dass hinsichtlich des Museums einmal von der Stadt etwas unternommen werden müsse. Es soll der Versuch gemacht werden, für das Museum im Schloß durch Ausquartierung von Parteien Raum zu schaffen. St.R. Zobl wendet ein, dass eine